

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/24

Bad Godesberg, den 4. Juli 1967

Mir veröffentlichten in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Brandt steht vor großen Aufgaben 49

Auf dem Wege zu einer dauerhaften europäischen Friedensordnung  
Von Günter Markscheffel

2 - 2a Salzgitters Erbe aus der Vergangenheit 55

Stärkung des Unternehmens ist nötig  
Von Klaus Rusticus, Hannover

3 - 3 Keine Demokratisierung von oben 69

Wenig Spielraum in den spanischen Verfassungsgesetzen  
Von Rolf Reventlow

\* \* \*

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Nicht Ummögliches von europäischer Friedensordnung fordern  
Gerechte Lösung unseres nationalen Anliegens  
Fortschritt oder Rückschritt in Prag ?  
Die Verbindlichkeit der Parteitagebeschlüsse  
Anwalt der Vertriebenen und Flüchtlinge  
Erhöhte Grundbeträge aus Hauptentschädigung schon 1968  
20. LAG-Novelle im Oktober vor dem Bundestag  
Im Widerspruch zum Bundesvertriebenenengesetz

## Brandt steht vor großen Aufgaben

Auf den Wege zu einer dauerhaften europäischen Friedensordnung

- \* "Unsere Aufgabe liegt in Deutschland und in Europa. H i e r müs-
- \* sen wir zeigen, was wir für den Frieden, die Entspannung und die
- \* Verständigung zu leisten vermögen."

\* \* \*

G.M. - Dieser Satz, gesprochen vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in der Sitzung der sozialdemokratischen Führungsgremien am vergangenen Wochenende, umfaßt die wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik. Brandt hat sie in den Rahmen seiner und der Bundesregierung Absicht gestellt, d e u t s c h e Beiträge zur Vorbereitung eines europäischen Sicherheitssystems und einer dauerhaften europäischen Friedensordnung zu leisten. Zielbewußt wollte er damit jenen politischen Kräften in einigen Staaten Osteuropas entgegenwirken, die noch immer ihre politische Haltung mit der Behauptung begründen, die neue Bundesregierung rede zwar viel vom Frieden in Europa, sei jedoch nicht bereit, eigene konstruktive Beiträge zur Vorbereitung einer europäischen Friedensordnung zu leisten.

Natürlich kann die Bundesregierung niemandem in Moskau, Warschau, Prag oder in irgendeiner anderen Hauptstadt eines kommunistisch regierten Landes daran hindern, immer wieder der Bundesrepublik zu unterstellen, sie sei "revanchistisch und militaristisch". Aber niemand kann der Bundesrepublik verwehren, immer wieder ihre auf die Sicherung des Friedens in Europa ausgerichtete Politik zu erläutern und konkrete Vorschläge zur Erreichung dieses Zieles zu machen.

Deshalb hat Brandt, ebenfalls vor den Führungsgremien der SPD, gesagt, welche Elemente die Bundesrepublik in ein System einer dauerhaften europäischen Friedensordnung bzw. eines europäischen Sicherheitssystems einbringen könnte. Es sind dies:

- \* Verzicht auf Atomwaffen
- \* Reduzierung des Truppenniveaus
- \* Völkerrechtlich verbindlicher Verzicht auf Gewaltanwendung.

Brandt ist gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller in den nächsten sechs Monaten Vorsitzender des EWG-Ministerrats. In diese Zeit fallen Entscheidungen von großer Tragweite. In Kürze wird Staatspräsident de Gaulle in Bonn erwartet. Außer den Beratungen über das deutsch-französische Verhältnis werden sicher auch Gedanken zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses in Europa besprochen werden. Im September wird de Gaulle dann in Polen sein, wo ebenfalls Beratungen über das Ost-West-Verhältnis eine wichtige Rolle spielen dürften. In der Zwischenzeit wird in Brüssel auf verschiedenen Ebenen über das Verhältnis zwischen EWG und COMECON beraten und außerdem sind die besonderen Beziehungen Jugoslawiens zu einigen Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Gegenstand intensiver Erörterungen. Parallel hierzu muß der Aufnahmeantrag Englands in die EWG beraten werden sowie die verschiedenen Vorstellungen einiger Staaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA) in ihrem Verhältnis zur EWG.

Das alles zusammen muß deutscherseits natürlich auch unter dem Aspekt der Bemühungen um die Entkrampfung im Verhältnis der beiden Teile Deutschlands zueinander gesehen werden. - Der Vizekanzler und Bundesaußenminister steht also vor Aufgaben, deren Lösung im unmittelbaren Interesse des ganzen deutschen Volkes liegen.

+ + +

## Salzgitters Erbe aus der Vergangenheit

Stärkung des Unternehmens ist nötig

Von Klaus Rusticus, Hannover

Der bundeseigene Salzgitter-Konzern ist auf dem besten Wege, ein Politikum im doppelten Sinne zu werden. Mannigfache Unterlassungssünden seitens der früheren Bundesregierungen machen sich heute nachteilig bemerkbar. Die dringende Sanierung des Unternehmens, das in unmittelbarer Nähe der Demarkationslinie liegt, ist ein wichtiger Teil echter Zonenrandpolitik geworden. Das sind unmißverständliche Folgerungen aus dem jüngst vorgelegten Jahresergebnis von 1965/66, das mit einem Gesamtverlust von 182,9 Millionen DM abschloß. Salzgitters Vorstandsvorsitzer, Professor Dr. Ing. Paul Rheinländer, bezeichnete es als das schwerste Jahr seit der 1953 begonnenen Neuordnung des Konzerns. Das Geschäftsjahr 1965/66 deckte aber auch alle innerbetrieblichen Schwächen und alle politischen Schwierigkeiten auf, die die Entwicklung der Salzgitter-Gruppe hemmten.

Die Prognosen, die der Vorsitzende des Bundesvermögensausschusses, Dipl.-Ing. Hans Jürgen Junghans (SPD), vor einiger Zeit im SPD-Pressedienst aufstellte, waren folgerichtig. Junghans plädierte für eine Neuordnung und Neuformierung des industriellen Bundesvermögens. Das hätte schon unter der Ära des früheren Bundesschatzministers und heutigen Bundespostministers Dr. Werner Dollinger (CSU) geschehen müssen. Jene längst erkannte Unterkapitalisierung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bilanzen der Salzgitter-Gruppe. Das Bundesschatzministerium der Regierung Erhard mußte wissen, daß es mit einer Kapitalspritze von 200 Millionen DM nicht getan war; schon deshalb nicht, weil die letzte Rate erst 1967 (fünf Jahre nach dem entsprechenden Kabinettsbeschluss) flüssig gemacht werden konnte. Infolge der Fremdverschuldung ist eine Nettozinslast pro Jahr von 123 Millionen DM entstanden. Der hohe Gesamtverlust konnte nur mit Hilfe von Rücklagen der Obergesellschaft (148,7 Millionen DM) und solcher der Tochtergesellschaft (34,2 Millionen DM) ausgeglichen werden. Es muß also etwas mit dem industriellen Bundesvermögen geschehen. In Salzgitter hieß es, man sei sich mit dem Bundesschatzminister darüber einig, daß der inzwischen neu errechnete Kapitalbedarf von weiteren 300 Millionen DM "im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes einen festen Standort erhalten soll".

Es steht jedoch fest, daß sich dieses Vorhaben angesichts der bekannten Finanzlage des Bundes nicht von heute auf morgen realisieren läßt. Der Hinweis eines Sprechers des Salzgitter-Konzerns, die Unterkapitalisierung müsse durch Zuweisung weiterer Bundesmittel beseitigt werden, sollte deshalb vorläufig als Wunsch betrachtet werden.

Der Bundesvermögensausschußvorsitzende erwartet, und mit ihm wohl alle Ausschußkollegen, daß das Schatzministerium endlich eine Konzeption darüber vorlegt, wie bundeseigene Unternehmen insgesamt ihre Geschäfts- und Investitionspolitik abzustimmen haben und wie fernerhin gemeinsame Wege im sozialen Bereich zu beschreiten sind.

Analog zu den 1965/66 entstandenen Verlusten der Salzgitter AG soll deren Beseitigung nach einem Fünf-Jahres-Plan erfolgen. Das gilt insbesondere für die Büssing Automobilwerke AG, die mit 110 Millionen DM das Jahresergebnis belastete. Die weitere Konzentrierung auf das Kernstück des Unternehmens, die Salzgitter-Hütte, wird durch den letzten Jahresverlust der Hütte in Höhe von ca. 32,5 Millionen DM forciert. Als Folge zwingt sich die Umstellung von Thomasstahl auf Oxygenstahl auf, weshalb der Bau eines Oxygenkonverters beschleunigt wird. Die dritte größte Verlustquelle im letzten Jahr ist schließlich bei der Kieler Howaldt (25 Millionen DM) zu finden. Aus diesem Grunde hofft der Salzgitter-Vorstand, die bereits vor einem Jahr vertraglich sanktionierte Fusion der beiden bundeseigenen Howaldt-Werften in Hamburg und Kiel mit der Deutschen Werft Hamburg bis Ende 1967 verwirklichen zu können. Die Intensivierung der Rationalisierungs-Kooperationsbestrebungen im Stahlkontor Nord, die Rationalisierung der Weiterverarbeitung und die Zusammenfassung der Steinkohlegesellschaften innerhalb des eigenen Konzerns sind weitere Abschnitte dieser "Salzgitter-Konzeption".

Gelingt es nicht, dem Unternehmen gleichzeitig auch alle erforderlichen Kapitalmittel zur Verfügung zu stellen, dann sind alle weiteren Bemühungen ein fragwürdiges Experiment. Die mehr als 80 000 Beschäftigten dieses Bundesunternehmens werden nicht gewillt sein, die damit verbundenen Gefahren ohne weiteres hinzunehmen.

Für sie wie für den Bund stehen in diesem Falle viel mehr auf dem Spiel.

## Keine Demokratisierung von oben

---

Wenig Spielraum in den spanischen Verfassungsgesetzen

Von Rolf Reventlow

Als im Dezember 1966 das sogenannte "Organische Gesetz", das General Franco erst der Ständekammer vorgelegt hatte und dann durch ein Plebiszit bestätigen ließ, gab es innerhalb und außerhalb Spaniens allerlei illusionäre Hoffnungen. Das Gesetz änderte zwar die bis dahin geltenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen, hatte jedoch eine Reihe von Fragen offen gelassen. Zwar war der Spielraum von der erhofften oder erträumten Demokratisierung des Landes durch Gesetz von oben überaus eng, dennoch aber meinte man vielerorts, einige grundlegende Änderungen würde es dennoch geben. Man sprach und schrieb von der religiösen Freiheit, die da kommen sollte, von einem Umbau des riesigen Staatsapparats der sogenannten "vertikalen" Gewerkschaftsorganisation, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht ganz brüderlich vereint sind.

Im Dezember und Januar wurde sogar in Spanien angenommen, das gegenwärtig antretende Ständeparlament werde bald abtreten, und erst sein Nachfolge werde sich mit den weiterhin erforderlichen Klarstellungen und Ergänzungen befassen. Dem war aber nicht so. Es wurde allzu leicht übersehen, daß die Gesetzesinitiative und auch der Vollzug von Gesetzen nach wie vor beim Staatschef liegen. Natürlich macht er nicht alles allein. Mehr als früher werden Regierung und die Ständekammer zur Erarbeitung von Gesetzestexten herangezogen, das stets mit Vorbedacht in der Form, die zwar manche Diskussionen ermöglicht, nicht aber entscheidende Abweichungen von der Grundauffassung über die Struktur dieses Staates zuläßt. Daher würde das Ständeparlament, das einstmals nur ein paar Stunden im Jahre tagte, nunmehr ausführlich mit den Vorlagen beschäftigt. Passieren kann dabei nichts. Schon die Auswahl der Mitglieder dieser eigenartigen Körperschaft verhindert Betriebsunfälle jeglicher Art. Die Sprache ist moderner geworden, ideologische Ausdrucksformen aus fernen Zeiten, da man mit Mussolini und Hitler verbündet war, werden heute nicht mehr gebraucht.

Es kann nicht wunder nehmen, daß trotz einer salbungsvollen Rede des Justizministers nach der Verabschiedung des vielerörterten Gesetzes über die Religionsfreiheit die evangelischen Kirchen Spaniens erklärten, sie würden von dem Recht, sich offiziell anerkennen zu lassen, keinen Gebrauch machen. Sie wollen die behördliche Aufsicht ebenso wie das Verbot, mit ausländischen Glaubensgemeinschaften in Kontakt zu stehen, vermeiden. Die "neuen Wege", die die Katholische Kirche empfiehlt - so der Justizminister - sind so gebaut worden, daß sie nur sehr zögernd betreten werden können. Die Zukunft erst wird lehren, ob das Wenige, was in diesem Gesetz an Substanz vorhanden ist, überhaupt Gestalt annimmt.

Ein Mitte Juni veröffentlichtes Dekret greift noch stärker in das tägliche Leben Spaniens ein. Dieses Dekret regelt die Vertretung der "vertikalen" Gewerkschaften im kommenden neuen Ständeparlament. Schwer und unübersichtlich, wie fast alle Bestimmungen über die Vertretung der einzelnen Sektoren des Ständeparlamentes macht

die Verordnung klar, daß die erwartete Auflockerung des staatlichen Gewerkschaftsapparates, in die hauptsächlichlichen Sektoren von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, nicht vorgenommen wird. Außerdem gibt es noch einen Landesausschuß für Gewerkschaftswahlen, eine Art Kontrollinstanz, bei der alle Kandidaten gemeldet werden müssen, die in den einzelnen Berufszweigen bestellt werden. Dieser Ausschuß hat das letzte Wort für die Nominierung der Kandidaten. Es kann also auch hier keine Überraschungen geben.

Viel Raum wurde den Erörterungen zur Formulierung "neuer" Grundsätze für die Staatspartei - "die Bewegung" - gegeben. Hier wurden unseitgemäße ideologische Verbrämungen schon in dem "Organischen Grundgesetz" vom Dezember vorigen Jahres beseitigt. Jetzt heißt es "Nationale Bewegung". José Solís Ruiz, seit Jahr und Tag altgedienter Chef dieser Bewegung in ihrer bisherigen Form, gab dazu vor dem Ständeparlament die "theoretische" Begründung. Die "Bewegung" sei keine Einheitspartei, wie bei den Kommunisten oder nationalistischen Gegenbeispielen üblich ist. Sie sei die original spanische Form einer direkten Demokratie, die weder eine Einheitspartei noch politische Parteien überhaupt gebrauchen könne. Innerhalb der "Bewegung" gebe es einen weiten Spielraum für Meinungsstreit und dem Kampf um Grundauffassungen. Die Bewegung sei das Gegenteil einer politischen Partei, die Grundlage einer allumfassenden Gemeinschaft aller Spanier. Sie verbinde sozusagen Volk und Staat. Der Minister-Sekretär der "Bewegung", dem dieses Amt offenbar verbleibt, verkündete, daß im Zeitraum eines Jahres die einzelnen Organe in Orten, Provinzen und im ganzen Land nach den "neuen" Regeln "aufgefrischt" und reorganisiert werden.

Die Änderungen in der neuen Verfassung wurden dem Ständeparlament von Admiral Carrero Blanco erläutert. Wie Außenminister Castiella und der "Gewerkschafter" Solís Ruiz und sein Stellvertreter Herrero Tejedor, gehört auch dieser politische Admiral zur "alten Garde" des Regimes. Er war und ist heute noch nicht nur das Sprachrohr des Staatsoberhauptes, sondern auch dessen unmittelbarer und vertrautester Berater.

Die Neuerung ist die Wahl der sogenannten Familienvertreter. Für jede Provinz dürfen die Haushaltsvorstände und verheirateten Frauen je zwei Vertreter in das Ständeparlament wählen. Das sind rund hundert Abgeordnete von insgesamt 560 Mitgliedern der Ständekammer. Da es keine Parteien, sondern nur die "Bewegung" gibt, die bei den Wahlen in den Provinzen das entscheidende Wort zu sprechen hat und schon vorher die Wahlvorschläge gegen jede Überraschung abgesichert sind, kann es auch auf diesem Gebiet für das Regime keinerlei Überraschungen geben.